

Herausgegeben von
Prof. Dr. Alexander R. Markus
PD Dr. Rodrigo Rodriguez

Dr. iur. Sejee Phurtag

Vorsorgliche Massnahmen im internationalen Zivilprozessrecht

unter besonderer Berücksichtigung des
schweizerischen und des englischen Rechts



Stämpfli Verlag

Die Zuständigkeit zum Erlass vorsorglicher Massnahmen bei internationalen Sachverhalten sowie ihr Vollzug im Ausland sind im schweizerischen Recht primär im IPRG und im LugÜ normiert. Trotz ihrer Relevanz sind sie nur marginal geregelt, so dass selbst nach verschiedenen Leiturteilen nach wie vor erhebliche Unsicherheiten bestehen.

Die vorliegende Dissertation leistet einen Beitrag zur Beseitigung dieser Unsicherheiten, indem sie sich mit dem Begriff der vorsorglichen Massnahme nach schweizerischem und englischem Verständnis auseinandersetzt und die Zuständigkeiten zu ihrem Erlass sowie die Modalitäten für ihre Auslandvollstreckung nach IPRG und LugÜ detailliert darlegt. Die Arbeit spricht zahlreiche Unklarheiten an, wobei der Schwerpunkt auf der direkten Zuständigkeit zum Erlass einstweiliger Anordnungen liegt. Ebenso wird ein kurzer Überblick über die per 10. Januar 2015 in Kraft getretene Revision der EuGVVO und die damit eingetretenen Veränderungen im Massnahmenbereich skizziert.

Indem wesentliche für den forensischen Rechtsalltag interessante Rechtsfragen behandelt werden, dient das vorliegende Werk der Praxis als Handbuch im Bereich des einstweiligen Rechtsschutzes.

Institut für Internationales Privatrecht und
Verfahrensrecht

Dr. iur. Sejee Phurtag

**Vorsorgliche Massnahmen im
internationalen Zivilprozessrecht**

unter besonderer Berücksichtigung des
schweizerischen und des englischen Rechts



Stämpfli Verlag

Inauguraldissertation zur Erlangung der Würde eines Doctor iuris der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern.

Die Fakultät hat diese Arbeit am 23. August 2018 auf Antrag der beiden Gutachter, Professor Dr. Alexander R. Markus (Erstgutachter) und Professorin Dr. Jolanta Kren Kostkiewicz (Zweitgutachterin), als Dissertation angenommen.

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Form der Weitergabe an Dritte (entgeltlich oder unentgeltlich) ist untersagt. Die Datei enthält ein verstecktes Wasserzeichen, in dem die Daten des Downloads hinterlegt sind.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z.B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2019
www.staempfliverlag.com

E-Book ISBN 978-3-7272-1393-9

Über unsere Online-Buchhandlung www.staempflishop.com ist zudem folgende Ausgabe erhältlich:

Print ISBN 978-3-7272-1392-2

printed in
switzerland



*to His Holiness
to His people*

Vorwort

Zum Gelingen dieser Dissertation haben viele Personen beigetragen. Ein grosser Dank geht an meinen Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Alexander Markus. Er war stets mit Rat zur Stelle und hat mir damit entscheidende Anregungen gegeben. Bei den persönlichen Gesprächen hat er mir immer wieder Begeisterung und Motivation für das Thema vermittelt. Zudem hat er mir grosse Freiheiten bei der Verfassung der Arbeit gewährt. Weiter danke ich der Zweitbegutachterin, Frau Prof. Dr. Jolanta Kren Kostkiewicz, für ihr Interesse an der vorliegenden Arbeit. Beiden Begutachtenden danke ich zudem für die flexible und rasche Erstellung der Gutachten.

Für die kritische inhaltliche Durchsicht des Manuskripts danke ich folgenden Personen herzlich: Frau RA Lisa Aeschmann, Herr RA Christoph Baumgartner, Herr RA Melchior Glatthard, Herr RA Dr. Roland Sarbach und Herr RA Dr. Nicolas Wuillemin. Herzlicher Dank gebührt zudem Herrn RA Patrick Gertsch für das sprachliche Lektorat dieser Dissertation sowie Herrn RA Matthias Steinlin für die Unterstützung bei diversen kleineren Arbeiten.

Ich danke ferner der Curt Rommel-Stiftung für ihren grosszügigen Beitrag an die Kosten für die Drucklegung.

Besonders erwähnen möchte ich schliesslich meine liebe Mutter. Sie hat mir die gesamte Ausbildung ermöglicht und mich bei wichtigen Vorhaben stets unterstützt. Sie hat ihr Leben vollständig auf das Wohl ihrer Kinder ausgerichtet. Ohne sie wäre diese Arbeit nicht entstanden.

Die vorliegende Arbeit wurde im August 2018 von der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern als Dissertation angenommen. Lehre und Rechtsprechung sind auf dem Stand Februar 2018. Punktuell wurde danach publizierte Literatur berücksichtigt.

Bern, im Juli 2019

Sejee Phurtag

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Quellenverzeichnis.....	XXXV
Literatur	XXXV
Materialien	LV
I. Einleitung.....	1
II. Die vorsorglichen Massnahmen in der Schweiz und in England	3
A) Schweizerisches Recht	3
1. Vorsorgliche Massnahmen bei Realansprüchen	3
2. Vorsorgliche Massnahmen bei Geldforderungen.....	35
B) Englisches Recht	57
1. Allgemeines	57
2. Vorsorgliche Massnahmen bei Realansprüchen	58
3. Vorsorgliche Massnahmen bei Geldansprüchen	79
4. Begleitmaßnahmen	102
C) Rechtsvergleich	108
1. Formelle Verfahrensaspekte	108
2. Materielle Voraussetzungen.....	111
3. Wirkung und Vollstreckung.....	120
III. Die vorsorglichen Massnahmen im IPRG.....	127
A) Allgemeines.....	127
B) Die Auslegung des IPRG.....	128
1. Der Begriff der Auslegung.....	128
2. Die staatsvertragskonforme Auslegung des IPRG	128
C) Der Anwendungsbereich des IPRG.....	132
1. Der sachliche Anwendungsbereich	132
2. Der räumliche Anwendungsbereich.....	132
D) Die Abgrenzung zum Staatsvertragsrecht	135
E) Die internationale Zuständigkeit zum Massnahmeerlass.....	136
1. Allgemeines	136
2. Die direkte internationale Zuständigkeit.....	136
F) Die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von vorsorglichen Massnahmen	161
1. Allgemeines	161
2. Die Anerkennungs- und Exequaturwirkungen.....	161

3.	Die Voraussetzungen zur Anerkennung und Vollstreckbarerklärung.....	162
4.	Verfahren auf Anerkennung und Vollstreckbarerklärung..	188
IV.	Die vorsorglichen Massnahmen im LugÜ.....	191
A)	Die Entstehungsgeschichte des LugÜ	191
B)	Die Rechtsnatur und die Auslegung des LugÜ.....	193
1.	Die Rechtsnatur des LugÜ	193
2.	Die Auslegung des LugÜ.....	193
C)	Der Anwendungsbereich des LugÜ.....	197
1.	Der sachliche Anwendungsbereich	197
2.	Der räumliche Anwendungsbereich.....	199
3.	Der zeitliche Anwendungsbereich	200
4.	Abgrenzung zum übrigen Staatsvertragsrecht.....	201
D)	Die internationale Zuständigkeit zum Massnahmeerlass.....	202
1.	Allgemeines	202
2.	Zuständigkeit des Hauptsachegerichts	203
3.	Die Zuständigkeit nach Art. 31 LugÜ.....	212
4.	Rügelose Einlassung auf das Verfahren und deren Auswirkungen auf die Massnahmezuständigkeit.....	291
5.	Die Anwendbarkeit der Rechtshängigkeitssperre	293
6.	Folgen einer Schiedsklausel auf die Zuständigkeit zum Massnahmeerlass	301
7.	Folgen einer Gerichtsstandsvereinbarung auf die Massnahmezuständigkeit	304
8.	Begründung der Zuständigkeit durch Art. 6 Ziff. 1 LugÜ ..	308
9.	Zuständigkeit zur Aufhebung und Abänderung von vorsorglichen Massnahmen.....	310
E)	Die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von vorsorglichen Massnahmen	314
1.	Allgemeines	314
2.	Die Anerkennungs- und Exequaturwirkungen.....	315
3.	Das Verhältnis des LugÜ zum IPRG und zu den übrigen Staatsverträgen	319
4.	Die Voraussetzungen der Anerkennung.....	322
5.	Die Voraussetzungen der Vollstreckbarerklärung	364
6.	Das Exequaturverfahren.....	365
7.	Die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung englischer Massnahmen	379
V.	Die vorsorglichen Massnahmen in der revidierten EuGVVO ..	399
A)	Die Revision der EuGVVO	399
B)	Die internationale Zuständigkeit zum Massnahmeerlass.....	401
1.	Die Zuständigkeit des Hauptsachegerichts	401

2.	Die Zuständigkeit nach Art. 35 EuGVVO	404
3.	Die Anwendbarkeit der EuGVVO auf Anordnungen zur Beweiserhebung	407
C)	Die Anerkennung und Vollstreckung von vorsorglichen Massnahmen	411
1.	Der Entscheidbegriff nach Art. 2 Bst. a EuGVVO	411
2.	Das Verfahren auf Anerkennung und Vollstreckung	417
VI.	Zusammenfassung.....	447
A)	Die vorsorglichen Massnahmen in der Schweiz und in England.....	447
B)	Die vorsorglichen Massnahmen im IPRG	451
C)	Die vorsorglichen Massnahmen im LugÜ	454
D)	Die vorsorglichen Massnahmen in der revidierten EuGVVO ..	463
	Sachregister	467

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Quellenverzeichnis	XXXV
Literatur	XXXV
Materialien	LV
I. Einleitung	1
II. Die vorsorglichen Massnahmen in der Schweiz und in England	3
A) Schweizerisches Recht	3
1. Vorsorgliche Massnahmen bei Realansprüchen	3
1.1 Vorsorgliche Massnahmen nach Art. 261 ZPO	3
1.1.1 Allgemeines	3
1.1.2 Verfahren und Beweismittel	4
1.1.3 Formelle Voraussetzungen	4
a) Zuständigkeit	4
b) Gesuch	6
1.1.4 Materielle Voraussetzungen	6
a) Verfügungsanspruch	6
b) Verfügungsgrund	8
c) Zeitliche Dringlichkeit	10
aa) Allgemeines	10
bb) Superprovisorische Massnahmen	11
d) Verhältnismässigkeit	12
e) Glaubhaftmachung	14
1.1.5 Inhalt der vorsorglichen Massnahme	16
a) Allgemeines	16
b) Traditionelle Klassifizierung	17
aa) Sicherungsmassnahmen	17
bb) Regelungsmassnahmen	19
cc) Leistungsmassnahmen	20
c) Gesetzlicher Massnahmekatalog	22
d) Massnahmebegriff nach Art. 98 BGG	24
1.1.6 Vollzug	25
1.1.7 Änderung und Aufhebung von vorsorglichen Massnahmen	26
1.1.8 Abgrenzungen	27
1.2 Gesellschaftsrechtliche Massnahmen	29

1.3	Verfügungsbeschränkungen und Vormerkung dinglicher Rechte.....	31
1.4	Immaterialgüterrechtliche Massnahmen	32
2.	Vorsorgliche Massnahmen bei Geldforderungen.....	35
2.1	Arrest.....	35
2.1.1	Allgemeines.....	35
2.1.2	Verfahren und Beweismittel.....	35
2.1.3	Formelle Voraussetzungen	36
	a) Zuständigkeit.....	36
	b) Gesuch.....	37
2.1.4	Materielle Voraussetzungen	37
	a) Arrestforderung	37
	b) Arrestgrund	38
	c) Arrestvermögen.....	40
	d) Sicherheitsleistung	42
2.1.5	Inhalt.....	42
2.1.6	Vollzug	45
2.2	Provisorische Pfändung.....	46
2.2.1	Allgemeines.....	46
2.2.2	Formelle und materielle Voraussetzungen ...	46
2.2.3	Inhalt.....	47
2.2.4	Vollzug	49
2.3	Güterverzeichnis.....	49
2.3.1	Allgemeines.....	49
2.3.2	Formelle und materielle Voraussetzungen ...	50
2.3.3	Inhalt.....	51
2.3.4	Vollzug	52
2.4	Vorsorgliche Geldleistungsmassnahmen.....	53
2.4.1	Allgemeines.....	53
2.4.2	Formelle und materielle Voraussetzungen ...	54
2.4.3	Inhalt und Vollzug.....	55
B)	Englisches Recht	57
1.	Allgemeines	57
2.	Vorsorgliche Massnahmen bei Realansprüchen	58
2.1	Interim injunction.....	58
2.1.1	Allgemeines.....	58
2.1.2	Verfahren und Beweismittel.....	59
2.1.3	Zuständigkeit	61
2.1.4	Materielle Voraussetzungen	62
	a) Allgemeines.....	62
	b) Serious question	62
	c) Balance of convenience.....	65
	d) Undertaking in damages.....	68

	e) Wahrscheinlichkeit des schädigenden Ereignisses	69
2.1.5	Inhalt.....	69
	a) Allgemeines.....	69
	b) Prohibitory injunctions.....	70
	aa) Schutz vor Vertragsbruch	70
	bb) Schutz von Geschäftsgeheimnissen .	72
	cc) Schutz vor ausservertraglicher Schädigung	72
	dd) Verfügungsverbot	74
	c) Mandatory injunctions	74
2.1.6	Vollzug	77
2.1.7	Änderung und Aufhebung der interim injunction.....	78
3.	Vorsorgliche Massnahmen bei Geldansprüchen	79
3.1	Freezing order	79
3.1.1	Allgemeines	79
3.1.2	Verfahren und Beweismittel	80
3.1.3	Zuständigkeit	81
3.1.4	Materielle Voraussetzungen	82
	a) Substantive cause of action	82
	b) Good arguable case	83
	c) Vermögenswerte des Schuldners	84
	d) Vereitelungsgefahr	85
	e) Undertaking in damages.....	86
3.1.5	Inhalt.....	86
	a) Inhalt in sachlicher Hinsicht.....	86
	b) Inhalt in räumlicher Hinsicht.....	88
	c) Dritte	90
3.1.6	Vollzug	91
3.1.7	Änderung und Aufhebung der freezing order.....	92
3.2	Interim payment order	93
3.2.1	Allgemeines	93
3.2.2	Verfahren und Beweismittel.....	93
3.2.3	Zuständigkeit	94
3.2.4	Materielle Voraussetzungen	95
	a) Verfügungsanspruch	95
	aa) Haftungsanerkennung durch den Schuldner	95
	bb) Haftung in Urteil festgestellt	96
	cc) Voraussichtlicher Anspruch auf eine Geldleistung.....	96

	b) Höhe der vorläufigen Geldleistung	98
	c) Weitere massgebliche Umstände?.....	100
	3.2.5 Inhalt und Vollzug.....	100
	3.2.6 Änderung und Aufhebung der interim payment order.....	101
4.	Begleitanordnungen	102
4.1	Search order	102
4.2	Disclosure order	104
4.3	Receivership.....	106
4.4	Writ ne exeat regno/Bayer injunction	107
C)	Rechtsvergleich	108
1.	Formelle Verfahrensaspekte	108
1.1	Beweismittel und Sachverhaltsdarlegung.....	108
1.2	Vorgängige Anhörung des Antragsgegners.....	109
1.3	Verhandlung.....	111
2.	Materielle Voraussetzungen.....	111
2.1	Verfügungsanspruch.....	111
2.2	Verfügungsgrund.....	113
2.3	Verhältnismässigkeit	115
2.4	Zeitliche Dringlichkeit	117
2.5	Vermögenswerte des Antragsgegners	118
3.	Wirkung und Vollstreckung.....	120
3.1	Massnahmen zum Schutz von Realansprüchen.....	120
3.2	Massnahmen zum Schutz von Geldansprüchen	122
III.	Die vorsorglichen Massnahmen im IPRG.....	127
A)	Allgemeines.....	127
B)	Die Auslegung des IPRG.....	128
1.	Der Begriff der Auslegung.....	128
2.	Die staatsvertragskonforme Auslegung des IPRG.....	128
2.1	Ausgangslage	128
2.2	Bundesgericht.....	129
2.3	Würdigung.....	131
C)	Der Anwendungsbereich des IPRG.....	132
1.	Der sachliche Anwendungsbereich	132
2.	Der räumliche Anwendungsbereich.....	132
2.1	Direkte Zuständigkeit.....	133
2.2	Anwendbares Recht.....	134
2.3	Anerkennung und Vollstreckbarerklärung	134
D)	Die Abgrenzung zum Staatsvertragsrecht	135
E)	Die internationale Zuständigkeit zum Massnahmeerlass.....	136
1.	Allgemeines	136
2.	Die direkte internationale Zuständigkeit.....	136

2.1	Der Massnahmebegriff nach Art. 10 IPRG	136
2.1.1	Allgemeines	136
2.1.2	Vorsorgliche Massnahmen bei Realansprüchen.....	137
2.1.3	Arrest	139
2.1.4	Provisorische Pfändung und Güterverzeichnis.....	144
2.1.5	Vorsorgliche Geldleistungsmassnahmen.....	144
2.1.6	Vorsorgliche Beweisführung.....	145
2.1.7	Anwendbares Recht.....	147
2.2	Die Zuständigkeit des Hauptsachegerichts.....	148
2.3	Die Zuständigkeit des Gerichts am Vollstreckungsort	151
2.3.1	Allgemeines	151
2.3.2	Der Begriff des Vollstreckungsorts	151
2.3.3	Der Einfluss der Rechtshängigkeit in der Hauptsache	153
2.4	Die besonderen Zuständigkeiten für vorsorgliche Massnahmen.....	155
2.5	Prorogation.....	159
F)	Die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von vorsorglichen Massnahmen	161
1.	Allgemeines	161
2.	Die Anerkennungs- und Exequaturwirkungen.....	161
3.	Die Voraussetzungen zur Anerkennung und Vollstreckbarerklärung.....	162
3.1	Begriff der ausländischen Entscheidung	162
3.2	Zuständigkeit ausländischer Gerichte.....	164
3.3	Formelle Rechtskraft bzw. Endgültigkeit.....	165
3.3.1	Ausgangslage.....	165
3.3.2	Lehrmeinungen.....	166
a)	Befürworter	166
b)	Gegner.....	169
c)	Mischlösung	170
3.3.3	Rechtsprechung	171
a)	Bundesgericht.....	171
b)	Kantonale Rechtsprechung.....	171
3.3.4	Würdigung.....	173
a)	Materialien	173
b)	Ordentliches Rechtsmittel	174
c)	Bestandeskraft von vorsorglichen Massnahmen.....	175
d)	Gesetzessystematik	177

e)	Einheitlicher Massnahmebegriff im IPRG.....	177
f)	Staatsvertragskonformität zum LugÜ	178
g)	Gleichlauf von Hauptsache- und Massnahmeforum	178
h)	Praktische Notwendigkeit der Anerkennung	179
i)	Fazit.....	179
3.3.5	Spezialgesetzliche Ausnahmen.....	180
3.3.6	Ergebnis.....	181
3.4	Verweigerungsgründe	181
3.4.1	Materieller ordre public	182
3.4.2	Formeller ordre public	183
a)	Gehörige Ladung.....	183
b)	Verletzung von Verfahrensprinzipien	185
3.4.3	Unvereinbarkeit mit einem anderen Entscheid	187
4.	Verfahren auf Anerkennung und Vollstreckbarerklärung..	188
IV.	Die vorsorglichen Massnahmen im LugÜ.....	191
A)	Die Entstehungsgeschichte des LugÜ	191
B)	Die Rechtsnatur und die Auslegung des LugÜ.....	193
1.	Die Rechtsnatur des LugÜ	193
2.	Die Auslegung des LugÜ.....	193
C)	Der Anwendungsbereich des LugÜ.....	197
1.	Der sachliche Anwendungsbereich	197
2.	Der räumliche Anwendungsbereich.....	199
3.	Der zeitliche Anwendungsbereich	200
4.	Abgrenzung zum übrigen Staatsvertragsrecht.....	201
D)	Die internationale Zuständigkeit zum Massnahmeerlass.....	202
1.	Allgemeines	202
2.	Zuständigkeit des Hauptsachegerichts	203
2.1	Begriff des Hauptsachegerichts.....	203
2.1.1	Die Zuständigkeiten nach dem LugÜ	203
2.1.2	Die Zuständigkeit zum Erlass des Arrests	204
2.2	Qualifikation der vorsorglichen Massnahme.....	206
2.3	Einfluss der Rechtshängigkeit der Hauptsache	207
2.3.1	Zuständigkeit vor Rechtshängigkeit der Hauptsache	207
2.3.2	Zuständigkeit nach Eintritt der Rechtshängigkeit der Hauptsache.....	209
a)	Hauptsacheverfahren in einem LugÜ-Mitgliedstaat.....	209

	b) Hauptsacheverfahren in einem Drittstaat	211
3.	Die Zuständigkeit nach Art. 31 LugÜ.....	212
3.1	Allgemeines.....	212
3.2	Rechtsnatur von Art. 31 LugÜ	213
3.2.1	Art. 31 LugÜ als Verweisungsnorm.....	213
3.2.2	Verweisungsumfang von Art. 31 LugÜ.....	215
	a) Allgemeines.....	215
	b) Exorbitante Zuständigkeiten	215
	c) Weitere Zuständigkeiten des nationalen Rechts.....	216
	d) Zuständigkeiten der IPRG- Hauptsachegerichte	217
	e) Massnahmetyp und -voraussetzungen.....	219
	f) Fazit.....	219
3.3	Verhältnis zur Zuständigkeit der Hauptsachegerichte	220
3.3.1	Allgemeines	220
3.3.2	Teilzwingende Zuständigkeiten.....	220
3.3.3	Ausschliessliche Zuständigkeiten.....	221
3.4	Bestand einer virtuellen Hauptsachezuständigkeit nach LugÜ	223
3.5	Begriff der vorsorglichen Massnahme	224
3.5.1	Allgemeines.....	224
3.5.2	Grundsatz.....	225
	a) Einstweiligkeit.....	225
	b) Bezug zu einem Hauptsacheverfahren	228
	c) Dringlichkeitserfordernis?.....	231
	d) Folgen der EuGH-Qualifikation für verschiedene Massnahmetypen	233
	aa) Massnahmen auf Sicherung und Regelung.....	233
	bb) Massnahmen auf Leistung	233
	e) Fazit.....	236
3.5.3	Einschränkung mittels der realen Verknüpfung.....	237
	a) Problemstellung.....	237
	b) EuGH-Entscheide.....	237
	c) Die reale Verknüpfung als Teil des Massnahmebegriffs?	238
	d) Die reale Verknüpfung bei verschiedenen Massnahmeobjekten	241
	aa) Allgemeines.....	241
	bb) Körperliche Gegenstände.....	241

cc)	Forderungen.....	242
dd)	Registerrechte	242
ee)	Persönliche Handlungs- und Unterlassungspflichten	242
e)	Bestimmung der örtlichen Zuständigkeit	245
f)	Anwendbarkeit auf sämtliche Massnahmetypen?	245
g)	Zeitpunkt der realen Verknüpfung	246
h)	Konsequenzen der realen Verknüpfung ..	248
aa)	Beschränkung auf inländische Vollstreckungsgüter	248
bb)	Möglichkeit zur Vollstreckung im Ausland.....	250
cc)	Pflicht zur Bezeichnung der Vollstreckungsgüter im Entscheid...	251
dd)	Umfang des Vermögens	252
i)	Fazit.....	253
3.5.4	Einschränkungen mittels der Sicherstellung der Rückabwicklung und dem Belegenheitserfordernis	255
a)	Entscheide des EuGH.....	255
b)	Die Gewährleistung der Rückzahlung.....	256
aa)	Hintergrund.....	256
bb)	Inhaltliche Anforderungen an die Gewährleistung der Rückzahlung....	256
cc)	Zeitpunkt der Gewährleistung der Rückzahlung	258
dd)	Die Sicherstellung bei ausservertraglichen Geldleistungen .	259
ee)	Die Sicherstellung bei Realleistungsmassnahmen	262
c)	Belegenheitserfordernis.....	264
aa)	Allgemeines	264
bb)	Tatsächliche Belegenheit im Inland.	264
cc)	Verhältnis zur realen Verknüpfung..	266
dd)	Zwingende Begründung der örtlichen Zuständigkeit?	268
ee)	Weitere Auswirkungen des Belegenheitserfordernisses	269
d)	Notwendigkeit eines gesonderten Bedürfnisses?	271
e)	Fazit.....	273

3.6	Die schweizerischen Massnahmen unter Art. 31 LugÜ	274
3.6.1	Vorsorgliche Massnahmen nach Art. 261 ZPO	274
3.6.2	Spezialgesetzliche Massnahmen des Gesellschafts-, Immaterialgüter- und Sachenrechts	275
3.6.3	Vorsorgliche Beweisaufnahme	277
3.6.4	Rechtsschutz in klaren Fällen	280
3.6.5	Arrest	281
3.6.6	Zustellung des Zahlungsbefehls bei der Arrestprosequierung	283
3.6.7	Provisorische Pfändung und Güterverzeichnis	284
3.6.8	Einstellung der Betreuung nach Art. 85a Abs. 2 SchKG	285
3.6.9	Vorsorgliche Geldleistungsmassnahmen.....	288
3.7	Einfluss der Rechtshängigkeit der Hauptsache in einem Drittstaat	289
4.	Rügelose Einlassung auf das Verfahren und deren Auswirkungen auf die Massnahmenezuständigkeit.....	291
4.1	Der Begriff der Einlassung und die gerichtliche Zuständigkeitsprüfung.....	291
4.2	Zuständigkeitsbegründung durch Einlassung im Hauptsacheverfahren	292
4.3	Zuständigkeitsbegründung durch Einlassung im Massnahmeverfahren	292
5.	Die Anwendbarkeit der Rechtshängigkeitssperre	293
5.1	Allgemeines.....	293
5.2	Verhältnis zwischen Hauptsache- und Massnahmeverfahren	294
5.3	Verhältnis zwischen mehreren Massnahmeverfahren	296
6.	Folgen einer Schiedsklausel auf die Zuständigkeit zum Massnahmeerlass	301
6.1	Zuständigkeit der Hauptsachegerichte	301
6.2	Zuständigkeit nach Art. 31 LugÜ.....	302
7.	Folgen einer Gerichtsstandsvereinbarung auf die Massnahmenezuständigkeit	304
7.1	Allgemeines.....	304
7.2	Zuständigkeit der Hauptsachegerichte	304
7.3	Zuständigkeit nach Art. 31 LugÜ.....	306
8.	Begründung der Zuständigkeit durch Art. 6 Ziff. 1 LugÜ.	308

9.	Zuständigkeit zur Aufhebung und Abänderung von vorsorglichen Massnahmen.....	310
9.1	Allgemeines.....	310
9.2	Massnahmen von Hauptsachegerichten	311
9.3	Massnahmen von Gerichten nach Art. 31 LugÜ.....	312
E)	Die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von vorsorglichen Massnahmen	314
1.	Allgemeines	314
2.	Die Anerkennungs- und Exequaturwirkungen.....	315
2.1	Allgemeines.....	315
2.2	Die anerkennungsfähigen Wirkungen	316
2.2.1	Materielle Rechtskraft	316
2.2.2	Gestaltungswirkung.....	316
2.2.3	Streitverkündungs- und Interventionswirkung.....	317
2.2.4	Tatbestandswirkung.....	317
2.3	Die Wirkungen der Vollstreckbarerklärung	317
2.4	Das Verhältnis von Anerkennung und Vollstreckbarerklärung.....	318
3.	Das Verhältnis des LugÜ zum IPRG und zu den übrigen Staatsverträgen.....	319
4.	Die Voraussetzungen der Anerkennung.....	322
4.1	Sachlicher, zeitlicher und örtlicher Anwendungsbereich des LugÜ	322
4.2	Entscheidung eines Vertragsstaats i.S.v. Art. 32 LugÜ	322
4.2.1	Allgemeines.....	322
4.2.2	Gericht i.S.v. Art. 32 LugÜ	323
4.2.3	Entscheidung i.S.v. Art. 32 LugÜ.....	324
4.3	Fehlen von Verweigerungsgründen.....	328
4.3.1	Allgemeines.....	328
4.3.2	Materieller ordre public	328
4.3.3	Formeller ordre public	329
4.3.4	Mangelhafte Zustellung des verfahrenseinleitenden Schriftstücks	333
4.3.5	Unvereinbarkeit mit einer anderen Entscheidung	335
a)	Allgemeines.....	335
b)	Vorsorgliche Massnahme und Hauptsacheentscheid	336
c)	Entscheidungen im vorsorglichen Massnahmeverfahren	338
4.4	Die Überprüfung der direkten Zuständigkeit	341

4.5	Die Gewährung des rechtlichen Gehörs	342
4.5.1	Allgemeines	342
4.5.2	Denilauler	342
4.5.3	Stellungnahme	344
4.5.4	Übertragung der Denilauler-Praxis auf das LugÜ?	347
4.5.5	Die nachträgliche Gewährung des rechtlichen Gehörs	349
	a) EuGH	349
	b) Schweizer Bundesgericht	351
	c) Konsequenzen	353
4.6	Die Überprüfbarkeit der realen Verknüpfung und der Definitionsmerkmale einer Leistungsmassnahme	355
4.6.1	EuGH-Rechtsprechung	355
4.6.2	Die Überprüfung der realen Verknüpfung und der Begriffsmerkmale der vorsorglichen Massnahme	357
4.6.3	Vermutung der Anwendung von Art. 31 LugÜ	362
5.	Die Voraussetzungen der Vollstreckbarerklärung	364
6.	Das Exequaturverfahren	365
6.1	Allgemeines	365
6.2	Formelles	366
6.3	Die Sicherungsmittel gemäss Art. 47 LugÜ	369
6.4	Die Sicherung und der Vollzug von Geldleistungsmassnahmen	371
6.5	Die Sicherung und der Vollzug von Massnahmen auf einen Realanspruch	375
6.6	Die Rechtsbehelfe gegen die Exequaturerteilung....	376
7.	Die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung englischer Massnahmen	379
7.1	Die Anpassung einer ausländischen Massnahme an die inländische Rechtsordnung	379
7.2	Freezing order	380
7.2.1	Allgemeines	380
7.2.2	Kantonale Gerichtspraxis	381
7.2.3	Lehre	383
7.2.4	Stellungnahme	384
	a) Allgemeines	384
	b) Vorrang des SchKG zur Sicherung von Geldansprüchen	385
	c) Sachgerechte Umsetzungsmassnahme	386

	d) Umsetzung der contempt of court gegen Schuldner und Dritte	390
	e) Fazit.....	395
7.3	Begleitmassnahmen zur freezing order	395
	7.3.1 Beweisanordnungen.....	395
	7.3.2 Receivership	396
7.4	Interim payment order.....	397
V.	Die vorsorglichen Massnahmen in der revidierten EuGVVO ..	399
A)	Die Revision der EuGVVO	399
B)	Die internationale Zuständigkeit zum Massnahmeerlass.....	401
	1. Die Zuständigkeit des Hauptsachegerichts	401
	2. Die Zuständigkeit nach Art. 35 EuGVVO	404
	3. Die Anwendbarkeit der EuGVVO auf Anordnungen zur Beweiserhebung.....	407
C)	Die Anerkennung und Vollstreckung von vorsorglichen Massnahmen	411
	1. Der Entscheidbegriff nach Art. 2 Bst. a EuGVVO	411
	1.1 Massnahmen des Hauptsachegerichts	411
	1.2 Massnahmen von Gerichten nach Art. 35 EuGVVO.....	414
	2. Das Verfahren auf Anerkennung und Vollstreckung	417
	2.1 Die Anerkennung	417
	2.2 Die direkte Vollstreckung	418
	2.2.1 Allgemeines.....	418
	2.2.2 Vorzulegende Dokumente	419
	2.2.3 Sicherungsmassnahmen nach Art. 40 EuGVVO	421
	2.2.4 Der amtswegige Prüfungsumfang im Vollstreckungsstaat.....	423
	2.2.5 Die Prüfung der Versagungsgründe nach Art. 45 EuGVVO.....	424
	2.2.6 Rechtsbehelf gegen den Entscheid über die Versagungsgründe	429
	2.3 Die Konversion einer unbekanntenen Massnahme oder Anordnung.....	430
	2.4 Würdigung.....	435
	2.4.1 Abschaffung Exequaturverfahren.....	435
	2.4.2 Bescheinigung nach Art. 53 EuGVVO.....	438
	2.4.3 Prüfung der Versagungsgründe	440
	2.4.4 Die Konversion nach Art. 54 EuGVVO.....	442

VI. Zusammenfassung.....	447
A) Die vorsorglichen Massnahmen in der Schweiz und in England.....	447
B) Die vorsorglichen Massnahmen im IPRG	451
C) Die vorsorglichen Massnahmen im LugÜ	454
D) Die vorsorglichen Massnahmen in der revidierten EuGVVO ..	463
Sachregister	467

Abkürzungsverzeichnis

ABI EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft
AC	The Law Reports, Appeal Cases (London)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABI EG 2012 C 326 (Fassung aufgrund des am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrags von Lissabon)
AG	Aktiengesellschaft
AJP	Allgemeine Juristische Praxis (Zürich/St. Gallen)
All ER	All England Law Reports (London)
a.M.	anderer Meinung
App Cas	Law Reports, Appeal Cases (London)
Aufl.	Auflage
BBl	Bundesblatt
BE	Bern
BewÜb70	Haager Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen vom 18. März 1970 (SR 0.274.132)
BGer	Bundesgericht
BGG	Bundesgesetz über das Bundesgericht vom 17. Juni 2005 (Bundesgerichtsgesetz, BGG; SR 173.110)
BGH	Bundesgerichtshof (Deutschland)
BJM	Basler juristische Mitteilungen (Basel)
BK	Berner Kommentar
BlSchK	Blätter für Schuldbetreibung und Konkurs (Wädenswil)
BS	Basel-Stadt
BSG	Bernische Systematische Gesetzessammlung
BSK	Basler Kommentar
Bst.	Buchstabe
CA	Court of Appeal
CaS	Causa Sport (Zürich/St. Gallen)

CCA	County Courts Act 1984 (aktuelle Fassung abrufbar unter < http://www.legislation.gov.uk/ukpga/1984/28/contents >, zuletzt besucht am 02.01.2018)
Ch	Chancery Division Law Reports (London)
CJJA	Civil Jurisdiction and Judgments Act 1982 (aktuelle Fassung abrufbar unter < http://www.legislation.gov.uk/ukpga/1982/27 >, zuletzt besucht am 02.01.2018)
CPA	Civil Procedure Act 1997 (aktuelle Fassung abrufbar unter < http://www.legislation.gov.uk/ukpga/1997/12/section/7 >, zuletzt besucht am 02.01.2018)
CPR	Civil Procedure Rules (aktuelle Fassung abrufbar unter < http://www.justice.gov.uk/courts/procedure-rules/civil/rules >, zuletzt besucht am 02.01.2018)
ders.	derselbe
DesG	Bundesgesetz über den Schutz von Design vom 5. Oktober 2001 (Designgesetz, DesG; SR 232.12)
dies.	dieselbe
Diss.	Dissertation
E.	Erwägung(en)
EG	Europäische Gemeinschaft
EG ZSJ-BE	Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung, zur Strafprozessordnung und zur Jugendstrafprozessordnung des Kantons Bern vom 11. Juni 2009 (BSG 271.1)
EheKindVO	Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27. November 2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000, ABI EG 2003 L 338
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (SR 0.101)
EuBVO	Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 des Rates vom 28. Mai 2001 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen, ABI EG 2001 L 174

aEuGVVO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABI EG 2001 L 12
E-EuGVVO	Vorschlag für eine Verordnung des europäischen Parlaments und des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 14. Dezember 2010, KOM 2010 748
EuGVVO	Verordnung (EG) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABI EG 2012 L 351
EuGVÜ	Übereinkommen vom 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABI EG 1972 L 299
EuInsVO	Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über Insolvenzverfahren, ABI EG 2000 L 160
EULR	European Law Report (London)
EuZ	Zeitschrift für Europarecht (Zürich/Basel/Genf)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (München)
EWHC	England and Wales High Court
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Frankfurt am Main)
f./ff.	folgende (Einzahl/Mehrzahl)
FamPra	Die Praxis des Familienrechts (Bern)
Fn.	Fussnote(n)
FS	Festschrift
FSR	Fleet Street Reports (London)
GBV	Grundbuchverordnung vom 23. September 2011 (GBV; SR 211.432.1)
aGestG	Bundesgesetz vom 24. März 2000 über den Gerichtsstand in Zivilsachen (Gerichtsstandsgesetz, aGestG; ehemals SR 272)

GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GIG	Bundesgesetz vom 24. März 1995 über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz, GIG; SR 151.1)
gl.M.	gleicher Meinung
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union (Köln)
GR	Graubünden
GVP	Gerichts- und Verwaltungspraxis [KANTON]
Habil.	Habilitation
HC ChD	High Court Chancery Division
HC KBD	High Court King's Bench Division
HC Pat	High Court Patents Court
HC QBD	High Court Queen's Bench Division
HG	Handelsgericht
HK	Handkommentar
HL	House of Lords
h.L.	herrschende Lehre
HRegV	Handelsregisterverordnung vom 17. Oktober 2007 (HRegV; SR 221.411)
Hrsg.	Herausgeber
IIC	International Review of Intellectual Property and Competition Law (München)
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts (Bielefeld)
IPRG	Bundesgesetz vom 18. Dezember 1987 über das Internationale Privatrecht (IPRG; SR 291)
i.S.v.	im Sinne von
JdT	Journal des Tribunaux (Lausanne)
JZ	Juristenzeitung (Tübingen)
KGer	Kantonsgericht
Komm.	Kommentar

XXX